



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Eine verunglückte Adresse.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Beleidigung der demokratischen Majestät zu bestrafen. Man lese und staune: „In Erwägung der Ansicht, daß der incriminirte Wahlaufruf eine Schmähung großh. Ministeriums enthalte, aber auch durch den ganzen lediglich aus Invectiven gegen die demokratische Partei und deren Führer (!) bestehenden Tenor des untergebenen Wahlaufrufs wesentlich begründet und unterstützt wird (sic!), indem der durch den ganzen Aufruf sich ziehende Faden in der Unterstellung besteht (ein Faden, der in einer Unterstellung besteht!), daß jene Partei, welche die Intoleranz der Kirche verrete, die Demokratie zum Deckmantel ihres verabscheuungswürdigen Strebens gemacht u. c., daß als die Vertreter der Intoleranz der Kirche, mit welcher behaupteter Maßen das Ministerium Dalwigk im Einverständnis zum Schaden von Schule und Verwaltung gestanden, nur jene mit den gravsten Epitheta belegte angegriffene Partei gemeint sein kann (der Bischof geht hier plötzlich in die demokratische Partei über!), i. E. daß diese Ansicht um so mehr begründet erscheint, als der incriminirte Passus nicht einen integrirenden Theil einer kritischen Beurtheilung, sondern eines animösen und injuriösen politischen Parteiflugblattes bildet“ — aus diesen Gründen dictirt die lichtvolle Weisheit dieses Urtheils 1, 2 und 3 Monate Gefängniß! Das nennt man im Orte der süddeutschen Freiheit deutsche Sprache, Justiz und Logik. Ueber den betrübend burlesken Charakter des Ganzen wird man erst urtheilen können, wenn sämtliche Actenstücke gedruckt in einer Brochüre erscheinen werden, die dem Juristentag gewidmet werden soll. Einstweilen ist die Demokratie als eine der unverletzlichen Staatsgewalten in Hessen anerkannt. Es fehlt Nichts, als daß noch eine Uniform für sie erfunden werde.

† † †

### Eine verunglückte Adresse.

Aus Schwaben, den 23. December.

Nachdem einmal die württembergische Kammer beschlossen hatte, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten, war es nur in der Ordnung, daß man mit allen gebührenden Förmlichkeiten, mit dem ausgedehnten Apparat, der in solchen Fällen parlamentarischen Körperschaften zu Gebote steht, zu Werke ging. Wahl einer Commission von 15 Mitgliedern, Subcommission von 5 Mitgliedern, Wahl eines Präsidenten und eines Referenten, Entwurf des Referenten, Gegenentwürfe der Opponenten, Amendements und Unteramendements, Sitzungen der Commission und der

Subcommission, endlich vier Plenarsitzungen der Kammer — man sieht, es fehlte Nichts um die Sache mit der ganzen Wichtigkeit zu betreiben, welche ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung entsprach. Leider wollte es die Fronte des Schicksals, daß schließlich der Liebe und des Hasses Müß umsonst war. Als das Werk eben aus der Scylla und Charybdis der allgemeinen und der Specialdebatte glücklich gerettet ans Land gebracht werden sollte, bohrte ein tückischer Kobold es erbarmungslos in den Grund. Als sämtliche Paragraphen schon einzeln durchberathen und genehmigt waren, blickte die Kammer noch einmal auf ihr Werk zurück, und siehe, es war nicht gut. Ein Rest von Besonnenheit wurde in ihr mächtig, und sie beschloß Nichts zu beschließen. Das hatte ungefähr auch der Abg. Römer gewollt, der allein die Meinung verfocht, die Kammer solle überhaupt von einer Adresse Abstand nehmen. Nur war es ein etwas ungewöhnlicher und mühevoller Umweg, auf welchem jetzt dieses Resultat erreicht wurde. Wenn es auch von vorn herein nicht unwahrscheinlich schien, daß bei der eigenthümlichen Zusammensetzung der neuen Kammer am Ende keiner von den vorgelegten Entwürfen die Mehrheit erlangen werde, so war doch gerade auf diese Entwicklung des Knotens, wie sie die späte Abendstunde des 19. Decembers brachte, Niemand gefaßt. Die Annalen des württembergischen Parlamentarismus sind um ein denkwürdiges Blatt reicher.

Schon die Vorgeschichte der Adresse — sofern sie überhaupt mehr als eine Vorgeschichte hatte — ist nicht ohne Interesse. Die Adresscommission bestand aus Mitgliedern von verschiedenen politischen Standpunkten. Nicht durch die Schuld der Volkspartei, welche am liebsten wieder den Vorgang vom September 1866 erneuert hätte, als die damalige Kammermehrheit, verdrießlich, daß der Krieg nicht nach Wunsch gegangen, den sie wenige Monate zuvor so siegesfröhlich beschlossen, diesen ihren Unmuth an der nationalen Partei ausließ, welche das Verbrechen begangen hatte richtiger zu sehen und nun zur Strafe dafür von der Adresscommission ausgeschlossen wurde, in deren Werk kein störender Mißklang gebracht werden sollte und die denn auch nach Kräften bemüht war, den Krieg, der bei Tauberbischofsheim einen fatalen Ausgang genommen, auf dem minder gefährlichen Weg einer Adresse muthig fortzusetzen. Solche Exklusivität wurde jetzt bei der Wahl der Adresscommission nicht geübt und schon daraus mochte man schließen, daß die Sache diesmal nicht so ganz schlimm werden könne. Jedenfalls war es nicht die äußerste Linke, die Volkspartei, welche das Feld beherrschte. War doch der Antragsteller selbst, Karl Mayer von Besigheim, nicht in die Commission gewählt worden, wie ihm überhaupt bis jetzt, seit er sich im Namen des Volkes auf den parlamentarischen Boden herabgelassen, das Glück nicht sonderlich gelächelt hat.

In der Commission war neben der Linken, welche wie billig die Mehrheit hatte, die deutsche Partei und die Regierungspartei vertreten. Es war vorauszusehen, daß von diesen Seiten Gegenanträge gestellt würden gegen den Entwurf des Referenten Probst. Allein dieser Entwurf wurde der Commission zuerst in einer Form vorgelegt, über welche die eigenen Gesinnungsgenossen erschrafen, oder welche sie mindestens unpolitisch fanden. Dieser Entwurf trug, soviel davon in die Oeffentlichkeit drang, die Farben mit einer lebhaften Reiztheit auf, die auch Diejenigen in Erstaunen gesetzt hätte, welchen die Erzeugnisse eines unverfälschten schwäbischen Particularismus nichts Neues sind. Er schien der Ausfluß einer persönlichen Gereiztheit und Verbitterung und man mochte hierbei weniger an die eben vollzogene Präsidentenwahl denken als vielmehr an jene Scene im Zollparlament, wo eine unbeachtete Aeußerung des schwäbischen Abgeordneten dem Grafen Bismarck Anlaß zu einem seiner glücklichsten Worte, zu jener Zurückweisung des Appells an die Furcht gegeben hatte.

Allein die Adresse war, wie sich nachher der Herr v. Barnbüler ausdrückte, auf den Abstreich angefertigt. Der Verfasser ließ mit sich handeln. Die Freunde selbst machten sich daran die stärksten Spitzen umzubiegen, Desterlen insbesondere, der seit lange zwischen der Linken und der ministeriellen Partei als Mittelsmann hin und her geht, war bestrebt, mildernde Wendungen zu erfinden: und überdies ist Probst selbst ein Meister in der Kunst, was er nicht direct sagen kann, auf Umwegen und nicht ohne maliciöse Pointen zu sagen. So wurde nun namentlich eine offen gegen die Verträge gerichtete Stelle beseitigt, ein gegen die Minister wegen ihrer Untergrabung der württembergischen Selbständigkeit ausgesprochenes Tadelsvotum hypothetisch gestellt, der Südbund mehr in eine dämmernde Ferne gerückt. Immerhin aber blieb noch genug von Groll und Bitterkeit zurück, und wenn man auch den Wortlaut nirgends mehr direct auf dem Complot des Südbundes und auf dem Troß wider die Verträge ertappen konnte, so war er doch immer noch kräftig genug um auch die äußerste Linke leidlich zu befriedigen und nach der Annahme durch die Kammer als ein imponirender Protest des schwäbischen Volkes gegen die Verpreußung betrachtet zu werden.

Endlich hatte sich die Mehrheit auf diesen Entwurf geeinigt, während Sarwey einen Entwurf im Sinn des Ministeriums „bis hierher und nicht weiter“ vorlegte, Hölder in einem dritten Entwurf dem nationalen Gedanken offenen maßvollen Ausdruck gab. Der Letztere setzte es auch durch, daß in dem Hauptentwurf die inneren Landesangelegenheiten vorangestellt, die Wünsche und Beschwerden über die deutsche Politik des Ministeriums in die zweite Stelle verwiesen wurden. Was die inneren Fragen betrifft, so war

es gelungen sich über eine Fassung zu einigen, welche, untergeordnete Punkte abgerechnet, alle Parteien befriedigte.

Dennoch nahm die Debatte über diesen ersten Theil der Adresse eine und noch die Hälfte der folgenden Sitzung in Anspruch. So gründlich wurden die inneren Gebrechen unseres Staatslebens beleuchtet und so zahlreich waren die Wünsche, welche die Abgeordneten im Namen ihrer Wähler vorbrachten, daß der Abg. Pfeiffer sich berechtigt glaubte, gelegentlich an das Wort des Grafen Bismarck zu erinnern: wir sind den Süddeutschen zu liberal, was ihm freilich eine sehr entrüstete Zurechtweisung von Becher und Mohl einbrachte. Der Zufall wollte, daß in derselben Sitzung der Letztere eine sehr eigenthümliche Probe von Liberalismus zum Besten gab, indem er nämlich nachdrücklich gegen den „Unfinn“ der Selbstverwaltung der Gemeinden zu Felde zog. Im Ganzen aber bewegten sich die Redner der deutschen Partei und der Linken in gleicher Richtung. Vor allem wurde dem Minister des Innern lebhaft zugesezt, daß er es versäumt, einen Entwurf zur Verfassungsrevision vorzulegen, und dies, wie man aus der Thronrede schließen mußte, wohl vom Wohlverhalten der Kammer abhängig machen wollte. Es kamen dabei alle jene Ausstellungen über unsere Verfassung und insbesondere die Zusammensetzung beider Kammern zur Sprache, mit welchen schon mehrfach das Wesen der süddeutschen Freiheit beleuchtet worden ist. Der Minister entschuldigte sich so gut er konnte: die Thronrede sei mißverstanden worden, es solle jedenfalls noch dieser Kammer eine Vorlage gemacht werden. Auf das Materielle einer Verfassungsrevision aber ging er nicht ein. Er hätte sonst bekennen müssen, daß die Hauptschwierigkeit, was die Zusammensetzung der zweiten Kammer betrifft, darin besteht, irgend ein Gegengewicht für die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts ausfindig zu machen, und zwar ein anderes als die gegenwärtige Vertretung von privilegierten Ständen. Die Nothwendigkeit eines solchen Gegengewichts hatte der Minister schon in seinem früheren Entwurf anerkannt und diese seine Ueberzeugung konnte durch die erste Probe des allgemeinen Stimmrechts schwerlich erschüttert werden.

Ueber die deutsche Frage wurde eine allgemeine Debatte eröffnet. Sie gestaltete sich des Näheren zu einer Debatte über den Südbund, den die eine Seite des Hauses empfahl, die andere bekämpfte. Man muß nun gestehen daß die letztere Aufgabe die dankbarere war. Allein dennoch konnte man sich nur wundern über die dürftige Art, wie der unglückliche Südbund auch bei dieser Gelegenheit von seinen Vertheidigern eingeführt wurde, und über den Leichtfinn, mit welchem man in eine Staatschrift ein Project aufnehmen wollte, über welches sich Niemand eine klare Vorstellung gebildet hatte, über welches die Freunde selbst in ihren Meinungen weit auseinandergingen. Man

durfte erwarten, nachdem der Südbund in so zudringlicher Weise fortwährend als die Rettung der süddeutschen Freiheit, ja der nationalen Idee, als die Heilung sämtlicher und noch einiger anderer Schäden angepriesen worden war, daß endlich doch einmal gezeigt würde, wie denn ein solcher Südbund gemacht werden könne und wie man sich seine Einrichtung ungefähr vorstelle. Nichts von alledem. Es erwies sich vielmehr, daß dem Südbundgedanken Nichts verhängnißvoller ist als die öffentliche Discussion, und in dieser Beziehung war der Gang der Debatte wirklich lehrreich. Denn die ersten Redner der Linken begannen mit einem gewissen dithyrambischen Schwung. Man pries mit ansprechender Naivetät die glücklichen Wirkungen, die ein solcher Südbund haben müßte, wenn er nur erst vorhanden wäre, man sprach begeistert von dem süddeutschen Grütli der Freiheit, das man neben dem Zwinguri des norddeutschen Bundes bauen müsse. Aber schon der zweite Redner, ein Professor der Staatsweisheit an der Landesuniversität, kühlte merklich ab, indem er mit anspruchvollem Ton sich an der Aufgabe abarbeitete, die staatsrechtliche Möglichkeit eines solchen Südbundes neben den Verträgen zu discutiren. Späterhin, unter dem Eindruck der Kritiken von nationalliberaler Seite, kam der Südbund immer mehr ins Gedränge, sein Begriff wurde zusehends elastischer, von einem eigentlichen Bund wollte jetzt Niemand mehr Etwas wissen. Wohl gestand ein, daß der Südbund seine Schwierigkeiten habe, aber es liege doch im Interesse der süddeutschen Regierungen, möglichst einig zu sein gegen jede weitere Beschränkung ihrer Selbständigkeit. Selbst Mayer erklärte, daß der Gedanke, für den er auf der Tribüne des wiener Schützenfestes vergebens das österreichische Volk zu begeistern versuchte, für jetzt undurchführbar sei. Schien er ihn doch erst für möglich zu halten in jener fernen Zeit, da einmal die Monarchien wie die Feudallasten auf friedlichem Wege abgelöst wären. Und der Referent Probst, der den Sympathien für den Südbundgedanken allmählig zu mißtrauen schien, legte am Ende die betreffende Stelle seines Entwurfs, die absichtlich unbestimmt gefaßt war, dahin aus, daß sie gar nicht den Südbund bedeute, der zu viele Schwierigkeiten biete, sondern blos, im Sinne der bekannten Erklärung süddeutscher Zollparlamentsabgeordneter, eine engere Verbindung der süddeutschen Staaten, deren Zweckmäßigkeit Niemand bestreiten könne. Man mußte am Ende ordentlich Mitleid haben mit diesem Bunde, auf den die Volkspartei ihr Programm gestellt hatte, der ihr Hauptgeschrei bei den Wahlen gewesen war und den sie heute selbst preisgab. Der dithyrambische Schwung endete in platter Verleugnung.

Der zweite Hauptangriffspunkt der Linken waren die mit Preußen abgeschlossenen Verträge. Freilich das eigentliche Programm der Volkspartei, daß der Allianzvertrag null und nichtig sei, weil erzwungen und nicht mit

es gelungen sich über eine Fassung zu einigen, welche, untergeordnete Punkte abgerechnet, alle Parteien befriedigte.

Dennoch nahm die Debatte über diesen ersten Theil der Adresse eine und noch die Hälfte der folgenden Sitzung in Anspruch. So gründlich wurden die inneren Gebrechen unseres Staatslebens beleuchtet und so zahlreich waren die Wünsche, welche die Abgeordneten im Namen ihrer Wähler vorbrachten, daß der Abg. Pfeiffer sich berechtigt glaubte, gelegentlich an das Wort des Grafen Bismarck zu erinnern: wir sind den Süddeutschen zu liberal, was ihm freilich eine sehr entrüstete Zurechtweisung von Becher und Mohl einbrachte. Der Zufall wollte, daß in derselben Sitzung der Letztere eine sehr eigenthümliche Probe von Liberalismus zum Besten gab, indem er nämlich nachdrücklich gegen den „Unsinn“ der Selbstverwaltung der Gemeinden zu Felde zog. Im Ganzen aber bewegten sich die Redner der deutschen Partei und der Linken in gleicher Richtung. Vor allem wurde dem Minister des Innern lebhaft zugesezt, daß er es versäumt, einen Entwurf zur Verfassungsrevision vorzulegen, und dies, wie man aus der Thronrede schließen mußte, wohl vom Wohlverhalten der Kammer abhängig machen wollte. Es kamen dabei alle jene Ausstellungen über unsere Verfassung und insbesondere die Zusammensetzung beider Kammern zur Sprache, mit welchen schon mehrfach das Wesen der süddeutschen Freiheit beleuchtet worden ist. Der Minister entschuldigte sich so gut er konnte: die Thronrede sei mißverstanden worden, es solle jedenfalls noch dieser Kammer eine Vorlage gemacht werden. Auf das Materielle einer Verfassungsrevision aber ging er nicht ein. Er hätte sonst bekennen müssen, daß die Hauptschwierigkeit, was die Zusammensetzung der zweiten Kammer betrifft, darin besteht, irgend ein Gegengewicht für die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts ausfindig zu machen, und zwar ein anderes als die gegenwärtige Vertretung von privilegierten Ständen. Die Nothwendigkeit eines solchen Gegengewichts hatte der Minister schon in seinem früheren Entwurf anerkannt und diese seine Ueberzeugung konnte durch die erste Probe des allgemeinen Stimmrechts schwerlich erschüttert werden.

Ueber die deutsche Frage wurde eine allgemeine Debatte eröffnet. Sie gestaltete sich des Näheren zu einer Debatte über den Südbund, den die eine Seite des Hauses empfahl, die andere bekämpfte. Man muß nun gestehen daß die letztere Aufgabe die dankbarere war. Allein dennoch konnte man sich nur wundern über die dürftige Art, wie der unglückliche Südbund auch bei dieser Gelegenheit von seinen Vertheidigern eingeführt wurde, und über den Leichtsin, mit welchem man in eine Staatschrift ein Project aufnehmen wollte, über welches sich Niemand eine klare Vorstellung gebildet hatte, über welches die Freunde selbst in ihren Meinungen weit auseinandergingen. Man

durfte erwarten, nachdem der Südbund in so zudringlicher Weise fortwährend als die Rettung der süddeutschen Freiheit, ja der nationalen Idee, als die Heilung sämtlicher und noch einiger anderer Schäden angepriesen worden war, daß endlich doch einmal gezeigt würde, wie denn ein solcher Südbund gemacht werden könne und wie man sich seine Einrichtung ungefähr vorstelle. Nichts von alledem. Es erwies sich vielmehr, daß dem Südbundgedanken Nichts verhängnisvoller ist als die öffentliche Discussion, und in dieser Beziehung war der Gang der Debatte wirklich lehrreich. Denn die ersten Redner der Linken begannen mit einem gewissen dithyrambischen Schwung. Man pries mit ansprechender Naivetät die glücklichen Wirkungen, die ein solcher Südbund haben müßte, wenn er nur erst vorhanden wäre, man sprach begeistert von dem süddeutschen Grützl der Freiheit, das man neben dem Zwinguri des norddeutschen Bundes bauen müsse. Aber schon der zweite Redner, ein Professor der Staatsweisheit an der Landesuniversität, kühlte merklich ab, indem er mit anspruchvollem Ton sich an der Aufgabe abarbeitete, die staatsrechtliche Möglichkeit eines solchen Südbundes neben den Verträgen zu discutiren. Späterhin, unter dem Eindruck der Kritiken von nationalliberaler Seite, kam der Südbund immer mehr ins Gedränge, sein Begriff wurde zusehends elastischer, von einem eigentlichen Bund wollte jetzt Niemand mehr etwas wissen. Wohl gestand ein, daß der Südbund seine Schwierigkeiten habe, aber es liege doch im Interesse der süddeutschen Regierungen, möglichst einig zu sein gegen jede weitere Beschränkung ihrer Selbständigkeit. Selbst Mayer erklärte, daß der Gedanke, für den er auf der Tribüne des wiener Schützenfestes vergebens das österreichische Volk zu begeistern versuchte, für jetzt undurchführbar sei. Schien er ihn doch erst für möglich zu halten in jener fernen Zeit, da einmal die Monarchien wie die Feudallasten auf friedlichem Wege abgelöst wären. Und der Referent Probst, der den Sympathien für den Südbundgedanken allmählig zu mißtrauen schien, legte am Ende die betreffende Stelle seines Entwurfs, die absichtlich unbestimmt gefaßt war, dahin aus, daß sie gar nicht den Südbund bedeute, der zu viele Schwierigkeiten biete, sondern bloß, im Sinne der bekannten Erklärung süddeutscher Zollparlamentsabgeordneter, eine engere Verbindung der süddeutschen Staaten, deren Zweckmäßigkeit Niemand bestreiten könne. Man mußte am Ende ordentlich Mitleid haben mit diesem Bunde, auf den die Volkspartei ihr Programm gestellt hatte, der ihr Hauptgeschrei bei den Wahlen gewesen war und den sie heute selbst preisgab. Der dithyrambische Schwung endete in platter Verleugnung.

Der zweite Hauptangriffspunkt der Linken waren die mit Preußen abgeschlossenen Verträge. Freilich das eigentliche Programm der Volkspartei, daß der Allianzvertrag null und nichtig sei, weil erzwungen und nicht mit

Zweidrittelmehrheit von der vorigen Kammer genehmigt, suchte man vergebens in einem Antrag von dieser Seite niedergelegt. Um so größer aber war nun die Mannigfaltigkeit der Meinungen, in welchen je nach Laune und Temperament der Aerger über diese Verträge seinen Ausdruck fand. Ueberhaupt zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit, wie uneigentlich der Particularismus beständig von der Einmüthigkeit des schwäbischen Volkes redet. Jedenfalls war diese bei den Vertretern dieses schwäbischen Volks nicht zu finden, und nicht einmal unter den Mitgliedern der Linken selbst. Von den Nationalliberalen wurden die Verträge als Basis und Ausgangspunkt der bundesstaatlichen Einigung mit dem Norden verstanden, von der Regierungspartei die loyale und pflichtmäßige Beobachtung derselben betont, aber zugleich ihre Weiterentwicklung abgewiesen, nach dem Wahlspruch eines ihrer Mitglieder: „ich sehe nicht weiter“. Der Referent sah sich später gleichfalls genöthigt für die Giltigkeit der Verträge und ihre loyale Beobachtung eine Lanze zu brechen, suchte aber zugleich ihren Inhalt abzuschwächen, wobei er sich auf die Commentare der Minister in der vorigen Session berief. Vorsichtig meinte Desterlen, die Verträge seien allerdings zu halten, so lange sie bestehen. Der obenerwähnte Professor der Staatsweisheit bestand darauf, daß sie einer legitimen Revision unterzogen werden müßten. Ammermüller: der Allianzvertrag ist rechtlich ungiltig, übrigens werthlos. Hopf endlich: ich erkenne überhaupt gar keine Verträge an. Das war eine recht ansehnliche Stufenleiter von Gefühlen gegenüber einem Verträge, der wenigstens für den Kriegsfall eine nothdürftige Einheit gegenüber dem Ausland herstellt. Das Wort legitime Revision schien eine ganz besonders glückliche Erfindung, um dem Widerwillen gegen die nationale Pflicht eine einigermaßen anständige Form zu geben. Sie kehrte deswegen in mehreren Reden wieder, bis dann doch von nationaler Seite mit scharfen Worten gesagt wurde, was der einzig mögliche Sinn dieser zweideutigen Phrase sei.

Um die Wahrheit zu sagen: auch die Reden der Nationalen zeigten verschiedene Nuancen. Begnügte sich der eine, wie der neugewählte oberschwäbische Abgeordnete Schmid, mit der Kritik des Südbunds, so schonte andererseits Römer auch das Ministerium nicht und verlangte mit seinem gewohnten Feuer den Eintritt in den norddeutschen Bund. Die retrospectiven Studien über das Jahr 1866, in denen sich die Linke vorzüglich gefiel, insbesondere Becher, der Reichsregent von 1849, der mit tugendhafter Entrüstung die italienische Allianz brandmarkte und das Paraderöß der Usedom'schen Note ritt, gaben Elben und Hölzer willkommenen Anlaß zu schlagenden Entgegnungen, welche an der Hand der neuesten Enthüllungen die Mythologie über Oestreichs damalige Politik zerstörten. Im Uebrigen zeichneten sich die Reden der Nationalen vortheilhaft vor denen der Linken durch ihren maßvollen und

versöhnlichen Ton aus. Dergleichen die zwei Redner von der Regierungspartei, von denen aber, um das Doppelgesicht der ministeriellen Politik zu repräsentiren, der eine, Sarwey, mehr gegen die Forderungen der Nationalen sich wandte und jammernd aufzählte, welche Opfer und Lasten dem Land aus dem Eintritt in den norddeutschen Bund erwüchsen, während der andere, Oberbürgermeister Sick, nachdrücklicher die Nothwendigkeit eines aufrichtigen Zusammengehens mit dem Norden betonte. Er präludirte der Rede des Hrn. v. Barnbüler.

Man durfte einigermaßen gespannt sein auf das Auftreten des Ministers, der die Rede vom 10. December 1867 gehalten, der nachher während der Zollparlamentswahlen die bekannte Haltung eingenommen hatte und nun heute den Bundesgenossen von damals sich gegenüber sah, ohne die Gegner von damals versöhnt zu haben. In der That hält der Minister es vor Allem für schicklich, seine damalige Sprache und Haltung zu erklären, sich zu rechtfertigen. Es ist gleichgiltig, wie ihm dies gelang, genug, daß er die Nothwendigkeit solcher Erklärungen fühlte und anerkannte. Und dann, nachdem dies peinliche Geschäft gethan, stellte er sich nicht wieder auf jene scheinbar parteilose Höhe zwischen den Parteien, nach rechts und links gleichmäßig Lobsprüche und Tadel vertheilend, sondern er wandte sich ausschließlich gegen die großdeutsche Linke. Er vollendete die Kritik des Südbunds, er sprach sich für die Verträge mit einer Art von patriotischer Wärme aus — „nicht wie säumige Schuldner wollen wir die Verträge erfüllen, sondern voll patriotischen Geistes, im Gefühl der nationalen Pflicht, die dadurch erfüllt wird“ — er trat für die neue Heeresverfassung ein, die der preußischen nachgebildet unser Heer in den Stand setzen soll, ebenbürtig unter die Fahnen zu treten, nicht gegen unsere Brüder im Norden, sondern mit ihnen und für sie. Er wies sogar den Gedanken einer Ausdehnung der gemeinsamen Gesetzgebung nicht völlig von der Hand, obwohl er in diesem Punkt unsicher sprach und am wenigsten die nationale Partei befriedigen konnte. Auch ist es nicht ganz zutreffend, wenn der Minister besonders stark hervorhob, daß von Preußen in keinerlei Beziehung je die Zumuthung gemacht worden sei, über das Maß der Verträge hinauszugehen. Das ist doch nur eine Ausflucht, seitdem durch das Bismarcksche Rundschreiben festgestellt ist, daß Preußen jede weitere Annäherung von dem Bedürfniß und der Initiative der süddeutschen Regierungen abhängig macht. Auch jetzt noch ist die württembergische Regierung am weitesten zurück: sie ist noch nicht einmal in die Linie des Hohenloheschen „Verfassungsbündnisses“ eingerückt. Allein der Fortschritt in der Sprache des Ministers ist jedenfalls nicht zu verkennen. Eine Annäherung hat stattgefunden, und Herr v. Barnbüler hat sich zu ihr bekannt in einem Augen-

blick, als ein feindliches Votum der Kammer, dessen Folgen nicht vorherzusehen waren, noch wahrscheinlich war.

Am Schlusse seiner Rede hatte Hr. v. Arnbüler vom Referenten Klarheit über den Sinn seiner Adresse verlangt, Klarheit über die Verträge, über den Südbund, über das versteckte Misstrauensvotum. Und nun, auf diese Aufforderung Red' und Antwort zu stehen, folgte eine Erwiderung Probst's, die nur den peinlichsten Eindruck hervorbringen konnte. So viel Terrain war bereits verloren, das hatte er erkannt, daß er dem Wortlaut des Entwurfs die allermildeste, unschuldigste Auslegung geben mußte. Und so trug er denn kein Bedenken dessen Tendenz zu verleugnen, zu versichern, es sei kein Südbund und kein Misstrauensvotum beabsichtigt, aber diese Erklärungen immer untermischt mit leidenschaftlichen Ausfällen gegen den norddeutschen Militärstaat und gegen die Minister, die das Land immer tiefer in die Abhängigkeit von demselben hineingetrieben hätten, und am Ende kam denn vollends die ganze bittere Enttäuschung und Empfindlichkeit darüber zum Ausbruch, daß das Ministerium die dargebotene Hand der großdeutschen Linken verschmäht und anstatt mit ihr ein Bündniß zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes einzugehen, anstatt ihr nur irgend ein Zugeständniß zu machen, sich vielmehr der deutschen Partei zugewandt habe. Damit war die allgemeine Debatte beendet. Es folgte die Abstimmung, welcher von den 3 Entwürfen der Specialberathung zu Grunde gelegt werden solle. Der Hölder'sche Entwurf wurde mit 64 gegen 23 Stimmen, der Sarwey'sche mit 51 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Mit 46 gegen 41 Stimmen entschied sich die Kammer für den Entwurf Probst's. Bei dieser Abstimmung fehlten der Rechten 4 Stimmen, darunter die des Präsidenten und die der beiden Minister Arnbüler und Wittnacht, welche sich der Abstimmung enthielten.

Mit dieser vorläufigen Entscheidung schien die Adresse überhaupt gesichert. Die Stärke der Parteien hatte sich gemessen; es war nicht wohl denkbar, daß deren Verhältniß sich anders gestalten werde. Oder war es vielleicht doch noch möglich durch geschickte Taktik die Ungunst der Zahl zu besiegen? Immerhin galt es wenigstens den Versuch, die Adresse noch in mäßigendem Sinn zu amendiren. Glücke dies, so ließ sich vielleicht noch das weitere Ziel erreichen, daß dann ein Theil der Linken den Geschmack an ihr überhaupt verlor.

So begann in der Abend Sitzung vom 19. December die Specialdebatte. Die Volkspartei hatte den schüchternen Versuch gemacht eine Anzahl verschärfender Amendements in ihrem Sinn einzubringen, meist dem ursprünglichen Probst'schen Entwurf entnommen. Sie zog jetzt diese Amendements als ausichtslos en bloc zurück. Dagegen wurden nun von Sick und seinen Freun-

den eine Reihe von geschickt gestellten Amendements eingebracht und vertheidigt, um die schärferen Stellen des Entwurfs abzdämpfen oder zu beseitigen. Die meisten ohne Erfolg. Satz um Satz wurde der Probst'sche Entwurf genehmigt. Doch gelang es eine derjenigen Stellen auszumerzen, in welchen das Ministerium ein Misstrauensvotum sah. Ebenso ging ein (übrigens von Desterlen hilfreich gestelltes) Amendement durch, welches einen unnöthigen Ausfall auf die preußische Gewaltpolitik beseitigte. Der Curiosität halber sei erwähnt, daß in letzter Stunde auch noch eine großdeutsche Erwähnung Oesterreichs Ausnahme fand. Aber die dramatische Wendung trat erst ein, als der Zusatzantrag von Sick zur Debatte kam, welcher die ausdrückliche Erwähnung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge verlangte, um allen Zweideutigkeiten in dieser Beziehung ein Ende zu machen. Das verhängnißvolle Amendement lautete: „Niemals wird sich das württembergische Volk der Pflicht entbinden, mit seiner Regierung Hand in Hand die nationalen Interessen zu pflegen und die nationalen Pflichten in Uebereinstimmung mit den Allianz- und Zollverträgen zu erfüllen.“

Jetzt hieß es also Farbe bekennen. Zwar schien die Erwähnung der Verträge etwas ganz Unverfängliches zu sein, da die Linke ja größtentheils ihre Vertragstreue betheuerte und wiederholte, was Desterlen schon auf der Volksversammlung in Berlin gesagt hatte, daß die Verträge eigentlich sogar überflüssig seien, da man in Schwaben auch ohne Verträge wisse, was die nationale Pflicht vorschreibe. Allein man hatte im Lauf der Debatte doch mannigfache Commentare zu denselben gehört. Und daß ihre Erwähnung ganz und gar nicht überflüssig war, sollte sich nun eben jetzt an dem Benehmen der Linken zeigen, die förmlich außer sich gerieth, daß man sie fortwährend mit diesen Verträgen torquirt, ihnen immer wieder die Pistole auf die Brust setze, ihnen wie ermatteten Stieren immer wieder das rothe Tuch dieser Verträge vorhalte u. dgl. Es fielen dabei Aeußerungen die in einer deutschen Versammlung nicht gehört werden sollten, und ohne Zweifel waren es diese leidenschaftlichen Ausbrüche, welche dann doch zur Besinnung darüber aufforderten, vor welchem Abgrund man angelangt war. In der That war es jetzt gelungen Bresche zu schießen. Es fand sich eine Mehrheit von 50 gegen 36 Stimmen, für das Sick'sche Amendement, für die erneuerte Gültigkeitserklärung der Verträge, die größte Mehrheit, die überhaupt im Lauf der Debatte erzielt wurde. Nun war mit einem Schlag die Lage geändert. Neben einer Reihe von geschraubten, zweideutigen Sätzen stand nun ein ganz unzweifelhafter Satz, der die Verträge ausdrücklich anerkannte. Und damit war die Adresse für die äußerste Linke ungenießbar gemacht, sie war jetzt „ausgebeint“, „verpreußt“, und während die Regierungspartei noch einen Augenblick schwankte, ob sie nicht für die so purificirte Adresse stimmen solle, beschloß ein Theil der Linken sie zu

verwerfen. Schließlich hielt auch die Regierungspartei es für das Vernünftigste, die Niederlage der Linken zu vollenden und so ergab sich bei der Schlußabstimmung das unerwartete Resultat, daß die Adresse, die in allen einzelnen Absätzen genehmigt war, als Ganzes mit 49 gegen 38 Stimmen verworfen wurde. Dagegen stimmte die deutsche Partei, die Regierungspartei, die Ritter und Prälaten und 7 von der äußersten Linken unter Führung R. Mayers. Dafür die ganze übrige Linke und die Ultramontanen. Drastischer konnte die Zersahrenheit der politischen Meinungen nicht constatirt werden. Die Kammer hatte nach viertägiger Debatte ihre Incompetenz erklärt, ein Botum in der deutschen Frage abzugeben.

Und doch kann man es nur höchst erfreulich finden, daß die Debatte stattgefunden hat. Nicht nur ist nun doch die Expectoration reichlich erfolgt, die namentlich manche Neulinge schwer hätten verhalten können, sondern der abgcnöthigte Rückzug der Linken in der Frage des Südbundes und der Verträge, die Erklärungen Varnbüler's und der durch sie herbeigeführte Bruch der großdeutschen Linken mit dem Ministerium, der Beschluß zu Gunsten der Verträge, der nun jede weitere Erörterung hierüber in dieser Kammer abschneidet, endlich die Verwerfung der ganzen, großdeutsch intentirten Adresse: dies alles sind Momente, die dafür entschädigen, daß eine deutsche Kammer wieder Tage lang das widerliche Schauspiel bot sich in Vorwänden zu erschöpfen, um der nationalen Pflicht sich zu entziehen oder sie doch auf ein niederstes Maß herunterzufeuilschen. Die Absicht der Urheber schlug in das Gegentheil um. Der gewaltige Anlauf des schwäbischen Particularismus endete mit einem Rückzug, der noch vollständiger wird, wenn man sich noch einmal jener Adresse vom September 1866 erinnert. Denn damals stand in der Adresse wirklich der unverblünte Südbund, als eine parlamentarische Institution, ganz ohne Feigenblatt, und diese Adresse war von einer überwältigenden Mehrheit angenommen worden. Die Regierungspartei und die Linke standen damals in geschlossenen Reihen gegen das kleine Häuflein der Nationalen. Heute magt sich der Südbund nur noch in sehr verschämter Weise hervor und selbst in dieser Gestalt ist ihm ein officieller Ausdruck von derjenigen Körperschaft versagt worden, welche — von Schützenfesten abgesehen — allein das traurige Privileg hat, solche Projecte überhaupt in ihre Mitte gebracht zu sehen. Ein solches Schicksal spricht denn doch nicht dafür, daß der Südbundgedanke seit zwei Jahren Fortschritte gemacht hat.

Die Intrigue aber, die hinter der Adresse lauerte, war vereitelt. Herr von Varnbüler steht heute fester als je. Und die Kammer ist heute vertagt worden, quasi re bene gesta. Vor dem Spätjahr 1869 wird sie schwerlich wieder einberufen werden.